

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Vestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die sächsische Regierung hat es abgelehnt, im Bundesrat Schritte zur Bekämpfung der Fleischnot zu unternehmen.

Das Kriegsgericht in Rendsburg verurteilte den Leutnant v. Bismarck wegen Vergehens gegen § 175 zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und Dienstentlassung.

Das parlamentarische Komitee der englischen Trade Union sah eine Sympathieresolution für die ausländischen deutschen Werftarbeiter.

1898 mazedonische Flüchtlinge haben die Mächte um Schutz gegen die türkischen Verfolgungen ersucht.

Die chinesische Regierung entließ mehrere führende Personen des bisherigen Regierungssystems und berief an ihrer Stelle Anhänger Plan-Schikais.

Fleischwucher.

III.

Leipzig, 18. August.

Die Abhilfe.

Fragen wir, wie der Fleischwucher vorzubeugen ist, so kommen folgende Maßnahmen in Betracht.

1. Es müssen die Viehzölle sowohl als die Grenzsperrn fallen. Bei freier Einfuhr von Vieh müssen selbstverständlich Maßnahmen zur Verhütung der Seuchengefahr getroffen werden. Der einfachste Weg hierzu ist die Verständigung der Staaten untereinander über die strenge Durchführung der Seuchepolizei. Es ist gar keine Frage, daß diese Materie sich zwischen Deutschland, Oesterreich, Holland, Dänemark und der Schweiz einheitlich regeln läßt. Wenn überall die gleichen Vorbeugungsmaßnahmen und die Vorschriften über Sperrung verseuchter Gehöfte durchgeführt werden, dann ist eine Verschleppung von Staat zu Staat nicht mehr zu befürchten. Ob das heutige Rußland mit seiner unendlich verwahrlosten Verwaltung imstande wäre, solche Maßnahmen durchzuführen, könnte fraglich sein. Hier müßte dann durch eine sorgfältige Beaufsichtigung des Verkehrs das Notwendige geschehen. Sobald eine solche Kontrolle nicht zur Schilfane, sondern wirklich zur Verhütung der Seucheneinführung dient, ist sie sicher durchzuführen.

Selbstverständlich hat das zur Voraussetzung, daß auch die Zölle auf alle Futterstoffe fallen müssen. Hat der Landwirt billiges Vieh zu züchten, dann wird er auch imstande sein, billiges Vieh zu züchten. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum die Züchter in Dänemark und

Holland imstande sein sollen, billiger zu produzieren, als die Deutschen. Es sei denn, man wolle behaupten, sie stehen jenen an Intelligenz und Tüchtigkeit nach.

2. Ebenso müssen die vegetarischen Maßregeln gegenüber dem überseeischen Fleisch fallen, es muß die Einfuhr von gefrorenem, respektive gekühltem Fleisch freigegeben werden. Bekanntlich besteht kein offenes Verbot dieser Einfuhr, doch hat man sie trotzdem unmöglich gemacht. Es besteht nämlich die Vorschrift im deutschen Fleischbeschaugesetz, daß Fleisch nur in ganzen Tierkörpern eingeführt werden darf, wobei die inneren Organe — Herz, Leber, Lunge und Nieren — im natürlichen Zusammenhange bleiben müssen, damit die Untersuchung vorchriftsmäßig erfolgen kann. Nun werden beim überseeischen Transport die Tierkörper in Kühlräumen auf den Schiffen untergebracht, wobei aber die genannten Organe abgetrennt werden, weil andernfalls das Fleisch verderben würde. Eine hochwohlweise Regierung gibt vor, sie könne von dieser Vorschrift auf keinen Fall abgehen; das erlaubt ihre Sorge um das Volkswohl nicht. Indessen gehen die Engländer seit Jahrzehnten dieses Fleisch, das in ungeheuren Massen von Amerika und Australien eingeführt wird und es ist eine abgeschmackte Lüge, wenn man behaupten will, daß Erkrankungen infolge verdorbenen Fleisches in England zahlreicher seien als in Deutschland. Die agrarische Presse schwelgt allerdings in der Anschuldigung der Nachrichten über die Schweinereien, die in amerikanischen Schlachthäusern konstatiert wurden. Doch mit Verlaub: sind nicht die Fälle bekannt, in denen den ehrsamsten Fleischhändlern und Wurstfabrikanten gerichtliche ebensolche Schweinereien nachgewiesen wurden? Im kapitalistischen Getriebe sind derartige niederträchtige Praktiken, durch die die Gesundheit der Konsumenten schwer geschädigt wird, gang und gebe und es ist eine nichtsnutzige Heuchelei, wenn man behauptet, es sei damit in Deutschland besser bestellt als anderswo. Es wird schließlich behauptet, das überseeische Fleisch sei an sich minderwertig. Auch das ist Unsinn. Freilich ist dieses Fleisch nicht ganz so zart und schmackhaft, als das Fleisch von erstklassigem Schlachtvieh, denn es stammt nicht von gemästetem, sondern von Weidewiehe und das Gefrieren beeinträchtigt den Geschmack wohl auch etwas. Sicher aber ist es immer noch ungleich nahrhafter und bekömmlicher, als das Fleisch der „Freibänke“, das von vielen Tausenden Arbeiterfamilien in Deutschland genossen wird.

3. Durch den freien Handel mit Vieh und Fleisch würden sicher die Viehpraktiken der Viehhändler ganz bedeutend erschwert werden. Ein Zurückhalten der Waren von den Märkten wäre ungleich schwerer durchzuführen. Doch müßte trotzdem Vorbeugung getroffen werden, um die Ringbildung zu bekämpfen. Das ist zweifellos möglich, wenn auch nicht leicht. Es würde zu weit führen, hier in Einzelheiten sich zu ergehen, es genügt, die allgemeinen

Züge anzudeuten. Vor allem können die Kommunen der Großstädte hier eingreifen. In ihrem Besitze sind die Viehhöfe, auf denen die Märkte stattfinden, und die Schlachthäuser. Es ist daher durchzuführen, daß die Kommunen durch Gewährung von Kredit an die Verkäufer die Uebermacht der Monopolisten brechen. Es würde sich da um Kreditgeschäfte handeln, die es den kleineren Händlern einerseits und den landwirtschaftlichen Genossenschaften andererseits ermöglichen, Vieh herbeizuschaffen, auf das sie alsbald Vorschüsse erhalten. Auch Einkaufsgenossenschaften der Schlächter lassen sich unter Hilfe und Kontrolle der Kommunen organisieren. Durch den direkten Verkehr zwischen Genossenschaften der Käufer und Verkäufer ließe sich der Zwischenhandel im hohen Maße ausschalten und die Wucherpraktiken der Händler würden dann kaum noch möglich sein. Eine sehr große Rolle könnten ferner die Konsumvereine spielen. Schon heute kann man die Beobachtung machen, daß in Städten mit sehr großen und gut geleiteten Konsumvereinen die Schlächter gehindert werden, die „Aufschläge“ gar zu unverhältnismäßig zu machen. Ein großer Konsumverein spielt zweifellos die Rolle eines Regulators der Detailpreise: Schlächter und Händler müssen damit rechnen, daß der Verein eine Verteuerung des Brotes und des Fleisches über das Verhältnis zu den Getreide- und Viehpreisen hinaus verhindert. Den Viehhändlern gegenüber sind allerdings die Konsumvereine heute ziemlich machtlos: sobald die Händler den Markt sperren und den Preis für Schlachtochsen in die Höhe treiben, muß auch der Konsumverein seine Käufe einschränken oder die geforderten Preise zahlen, und unter den Selbstkosten kann er natürlich nicht verkaufen. Aber es ist durchaus möglich, die Fähigkeit der Konsumvereine auszudehnen in der Weise, daß sie in direktem Verkehr mit landwirtschaftlichen Genossenschaften treten, die von ihnen Vorschüsse erhalten und sich verpflichten, ihren Bedarf an Schlachtochsen zu decken. Freilich hat eine solche großzügige Wirtschaftsgebarung der Konsumvereine zur Voraussetzung, daß die Schilfianerung der Konsumvereine durch die Gesetzgebung und Verwaltung aufhört. Es müßte vor allem — um nur eins zu erwähnen — das verrückte Verbot, wonach die Konsumvereine nur an Mitglieder verkaufen dürfen, fallen. Es müßte vielmehr die Unterstützung der Konsumvereine durch Staat und Kommune eintreten: unter anderem würde es sich auch hier um Beschaffung von Kredit unter Garantie der öffentlichen Körperschaften handeln. Der Konsumverein, der in den Stand gesetzt wird, unmittelbar von den Produzenten zu kaufen und die Ware an den unmittelbaren Konsumenten weiterzugeben, würde eine enorme Rolle bei der Regulierung der Preise spielen.

Es ist also sicher, daß durch eine Wirtschaftspolitik, die, statt Sonderinteressen zu verfolgen, der Allgemeinheit dient, die künstliche Verteuerung der Ware, die bei

Seuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

Nachdruck verboten.

Der Notar verbeugte sich leicht. „Wie Sie wünschen, Herr Senn!“ Dann öffnete er die Türe und ließ den Sagstetter Loisl hereinkommen. „Herr Sagstetter, bitte!“ Als der Schreiber am Tische des Notars Platz genommen hatte, ging der Notar etwa eine Minute nervös auf und ab. Zuerst versicherte er sich, ob wohl die Tür zum Vorzimmer gut geschlossen sei. Dann machte er sich bei einem der Altenegele zu schaffen und langte nach kurzem Suchen einen Faszikel herab, den er auf den Schreibtisch legte. Zuletzt prüfte er noch ziemlich umständlich seine Brille mit einer gewissen peinlichen Sorgfalt wieder auf und fing mit etwas erhobener Stimme ganz sachgemäß an: „Also Sie, Herr Michael Senn, wohnhaft zu Brizen, wollen Ihr Haus am Domplatz und die mit dem Hause verbundene Buch- und Devotionalienhandlung Ihrem Herrn Sohn Franz Senn, ebenfalls wohnhaft zu Brizen, übergeben?“

„Ja. Haus und Geschäft!“ sagte Michael Senn laut und deutlich, jedes Wort fest betonend.

„Ihr Herr Sohn ist als Teilhaber des Geschäftes eingetragener?“ Der Notar blätterte jetzt in dem Altenegele.

„Ja. Der Franz ist Teilhaber!“ bestätigte der alte Senn.

„Und Sie wollen jetzt als stiller Teilhaber —“

„Nein. Ich will ganz austreten. Das Geschäft und das Haus soll von heut' ab dem Franz allein gehören.“

„So ja. Na ja.“ Der Notar räusperte sich. „Und wünschen Sie irgendwelche Rechte, Bezüge oder Renten?“ forschte er weiter.

„Nein. Gar nix. Was ich brauch' und noch mehr, das hab' ich. Sie wissen ja, wir haben auch noch ein schönes Geld liegen. Und meine Wohnung, die zahl' ich dem Franz. Das Geld, es wird mit viel von sechzigtausend Gulden fehlen, ist in Pfandbriefen der Tirolischen Bodencreditanstalt angelegt. Sie wissen ja, mit vier Prozent. Die Hälfte von dem Geld überlass' ich dem Franz auch. Er soll sich rühren können, wenn er im Geschäft was neu machen will. Aber das andere Kapital behalt' ich selber, solang' ich leb'!“ sagte Michael Senn ernst.

„Und wünschen Sie in bezug auf Ihre Wohnung irgendeinen Vorrecht, ein —“

„Sie meinen, daß mich mein Sohn nit auch schmeißen kann, wann's ihm grad' amal einfallen tät?“ lachte der alte Senn. „Naa, naa, das brauch't's nit! Wenn mich einmal der Franz nimmer haben wollt' im Haus, dann geh' i schon von selber. Und sonst schenier' i ihn ja nit. Gest, Franz?“

„Aber Vater!“ Der Franz fühlte sich ganz klein und nichtig neben dem Vater. Der Akt der Uebergabe war ihm ungemein peinlich. Nur die Gegenwart seiner Frau verlieh ihm einige Sicherheit.

Die Lina sah da, leicht und grazios in die Sofaecke zurückgelehnt, und tändelte gleichgültig mit ihrem feinen lichten Spitzenschirm, als ginge sie die ganze Sache gar nichts an.

„Sie wollen also mit dem ganzen Inventar übergeben?“ fragte der Notar.

„Alles! Wie's liegt und steht!“ erwiderte Michael Senn

Der Notar und Michael Senn beugten sich rein angelegentlich über die Akten, die am Tische lagen. Dann begann der Notar dem Schreiber das Dokument der Uebergabe langsam und deutlich Wort für Wort und Satz für Satz zu diktieren. Der Sagstetter Loisl schrieb eifrig dauflos. Rückwärts sahen Franz und seine Frau nun zusammen auf dem Sofa.

Beide blickten gespannt auf den alten Senn, der neben dem Schreibtisch stehen geblieben war. Beide waren innerlich tief beschämt und trotzdem fühlten sie sich glücklich. Die Lina freute sich über den schönen Besitz, der nun bald in ihre Hände kommen würde, und der Franz über das neue Glück, das nun endlich in sein Leben zu ziehen schien. Seine Frau war all die Tage her wie ausgewechselt. Sie machte ihm keine Szenen mehr, war lieb und nett und kümmerte sich um das Rosole und um ihre Häuslichkeit.

Während der Notar diktierte, nahm Michael Senn von jedem Stück seines Besitzes Abschied. Er nahm Abschied von dem alten, vornehmen Haus am Domplatz, von dem winkligen Laden mit den Bücherregalen und Kästen, von der großen vollgestellten Ladelbude, von diesem ganzen Geschäft, das ihn zeltlebens ausgefüllt hatte. Er nahm Abschied von dem Speicher rückwärts im Hof mit den großen Kisten. Alles war ihm lieb und wert gewesen.

Aus den trüben Worten des notariellen Amtsstiles wuchs für den alten Mann sein ganzes verflohenes Leben noch einmal empor. Er sah jeden einzelnen Raum und jeden einzelnen Gegenstand in seinem Haus vor Augen. Die breiten, steinernen Treppen, die lichten, geräumigen Korridore mit den bunten Steinböden, die behaglichen Zimmer.

Er sah die alten, geschnitzten Truhen und Kästen. Die buntbemalten, weidholzernen Wäschekästen, die noch von der Aussteuer seiner Mutter stammten und mit unverwüstlicher Leinwand ausgefüllt in den weiten, gewölbten

Druckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen

Umständehalber findet unsere Mitglieder-Versammlung nicht Sonnabend, sondern Montag, den 22. August, 1/7 Uhr im Pantheon statt. Wichtige Tagesordnung. [15585] Zu zahlreichem Besuch ladet ein J. U.: Schulze. NB. Ausschneiden zum Zirkulieren.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig.

Sonnabend, den 20. August, von abends 8 Uhr an im Felsenkeller, L.-Plagwitz Unterhaltungsabend mit **Sommernachts-Ball und Tombola.**

Mitwirkende:
Sänger-Chor, E. West, Freie Turner, E. West, Freie Musiker-Vereinigung, Dir.: G. Schüge.
Eintrittskarten (im Vorverkauf 20 Pfg.) bei: Richter; Kamerun, Nonnenstraße; Glangmann, Zwei Linden; Krübler, Zigarrengeschäft, Schöcherstraße; Filiale Volkszeitung, Säuger Str.; Turnhalle, Lindenau.
An der Kasse 25 Pfg.
Hierzu ladet ein [15550*] Der Vorstand.

Glaser Deffentl. Versammlung

Freitag, den 19. August, abends 1/7 Uhr im Volkshaus, Mittelsaal.
Tagesordnung: 1. Was lehrt und die letzte Bauarbeiter-Ausföhrung. 2. Tarifbruch der Unternehmer. Erscheinen aller in Glaserien beschäftigten Arbeiter ist Pflicht. [15480] Der Vorstand.

Konsumverein für Liebertwolkwitz u. Umg.

(Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftung.)
Sonntag, den 20. August, nachmittags 1/4 Uhr im Gasthof zum schwarzen Ross, Liebertwolkwitz.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, Abrechnung des Jahres und Beschlussfassung über den Gewinnverteilungsplan. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes sowie eines Stellvertreters. 4. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts. 5. Verschiedenes.
Anträge der Mitglieder sind bis 24. August schriftlich einzureichen. Ohne Legitimationskarte kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet [15508*]
Der Vorstand.
Karl Hafertorn, Ernst Wörner, W. Martin.

Zentralverband der Asphaltteure u. Pappdecker.

Sonnabend, den 20. August
Sommer-Vergnügen
im Etablissement Pantheon, Dresdner Straße unter Mitwirkung der beliebten Meysel-Sänger und des I. Ostvorstädtischen Bandoneon-Klubs.
Anfang 8 Uhr. Tombola. Eintritt 80 Pfg.
Es ladet freundlichst ein [15502] Der Vorstand.

Grüne Schänke

L.-Anger. Telefon 3945.
Morgen Freitag
Grosser Elite-Abend der berühmten **Krystallpalast-Sänger.**
Erste gedöhte Herren-Gesellschaft Leipzigs.
Hierauf: **Grosser Sommernachts-Ball.**
Jeden Sonnabend: **Grosser Skat-Abend.** Gäste willkommen! [15514] Hochachtungsvoll Karl Jacob.

Gasthof Neustadt

Goldner Saal
Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Grosser Willy Wolf-Abend
unter persönl. Direktion des Hrn. Kapellmeister W. Wolf.
Herrlichste Garten-Illumination.
Hierauf: **Feinster Freitagsball Leipzigs.**
Schneidigster Verkehr.

Goldner Helm, Eutritzsch.

Morgen Freitag
Gr. humoristisches Konzert des beliebten **Waldow-Ensembles.**
Nachdem: **Feiner Ball.**
Es ladet freundlichst ein [15508] Feilb Wörner.

Westendhallen, Plagwitz

Morgen Freitag
Grosser humoristischer Abend
der überall mit Erfolg aufstretenden **Weihmann-Sänger.**
Nachdem: **Feiner Ball.** 11 Uhr: **Rosenwalzer.**
Jeder Sönger erhölt eine prächtige Blumenpende gratis.
Anfang 8 Uhr. [15580] Gustav Büttner.

Turnerabteilung d. Ortsvereins Thonberg-Neureudnitz

Sonntag, den 21. August
Schauturnen
verbunden mit **Festzug und BALL**
im Gasthof Thonberg, Reitzenhainer Strasse.
Vormittags 8 Uhr: Wettspiele in Riebeck's Teich. Nachmittags 1/3 Uhr: Festzug durch Stötteritzer und Reitzenhainer Strasse. Darauf folgend: Turnerische Aufföhrungen, allerlei Belustigungen und BALL.

PROGRAMME:
im Vorverkauf 15. an der Kasse 20.
Hierzu laden wir alle Freunde d. Turnsaehs ein Der Turnrat.

Pantheon

Dresdner Straße 20
Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Gross. intimer Ball bis 1 Uhr.
Neues Orchester.
Neueste Tänze. Erstklassige Kapellen.

Thüringer Hof L.-Volkmarisdorf

Elisabethstrasse 13
Jeden Sonntag und Montag: **BALL.**
Verkehrslokal des Ortsvereins L.-Ost und der Arbeiter-Radfahrer L.-Volkmarisdorf.
Neues Parkott. [4207*] Fritz Kassler.

Wer in Leipzig will was sehen, **Muß nach Café Reichspost gehen.**
Rudolf Palm, Brühl 33.
Ausföhrung von Lager-, Pilsner und Münchner Bier.
Warme Speisen zu zivilen Preisen.
Tag und Nacht geöffnet. [3070*] Tag und Nacht geöffnet.

Talquelle, Talstrasse 18.

Freundliches, neu renoviertes Arbeiter-Verkehrslokal. **Tägliche Unterhaltungsmusik.** Speisen u. Getränke in bekannter Güte.
Freundlichst ladet ein [15008*] H. Schürmann.

Zur Quetsche

Empfehle meine freundl. Lokaltäten mit Gesellschaftszimmer. **Arätiger Mittagstisch.** Gutsgepflegte Biere.
Frankfurter Str. 27. * Hochachtungsvoll Franz Gelseler.

Max Haufe's Gast- u. Logierhaus

43 Seeburgstrasse 43.
Empfehle meine freundl. Lokaltäten. Gutesaub. Ueberrnacht. ff. Biere. **Kräftigen Mittagstisch.** Verkehrslokal der Tischler. Achtungsvoll D. O.

Liebmanns Restaurant u. Frühstücksstube

20 Gerichtsweg 20.
Inhaber: **Max Kluge**
Treffpunkt aller Landleute von Döben, Ellenburg, Pretzsch, Torgau u. Umg. 2 Min. v. Eisenburger Bahnhof. — **Vorzügl. Biere.** ff. Gos. Bräu, Bamberg, 1/2 20 Pfg. — **Kräft. Mittagstisch.** Gutes Billard. Sonnabends: **Schweinsknochen.** Achtungsvoll D. O.

Kohlgarten

Weidmannstrasse 14
2053] * Fernspr. 11012.
Empfehle meine freundlichen Lokaltäten mit Gesellschaftszimmer, Garten u. Kegelbahn, gutgepflegte Biere, Hüttergutsose. Ergebenst Paul Soyforth.

Restaurant zur Wilhelmshöhe

L.-Volkmarisdorf, Zollikoferstrasse 1.
Bringe meine freundlichen Lokaltäten mit Gesellschaftszimmer in empfehlende Erinnerung. ff. Speisen u. Getränke. Achtungsvoll **Max Werner.** [15507]

Formerheim, Lindenau, Kanzlerstr. 48.

Empfehle mein freundl. Lokal zur gest. Benützung. **Speisen und Getränke hochfein.** — Freitag und Sonnabend **Schweinsknochen.** — Sonnabend von 10 Uhr abends an **Speckkuchen.** Hochachtungsvoll **Oskar Schmidt.**

Gambrinus Lindenau

Odermannstrasse 12
Bringe meine Lokaltäten in empfehlende Erinnerung. — Freitag und Sonnabends **Schweinsknochen.** **Ch. Wawrzinek.**

Lindenau Zum braunen Ross, Rossmarktstr. 23.

Empfehle meine freundlichen Lokaltäten. Jeden Morgen **warmes Frühstück.** Hochachtungsvoll **Adolf Sachse.**

Etablissement Frosch-Burg

Grosszschocher, Mittelstr. 33
Restaurant, Obstweinschänke und Kaffeegarten
empfehle seinen herrlich gelegenen Garten, großen Gesellschaftssaal und Kolonnaden zur gefälligen Benützung. **Speisen und Getränke in vorzüglicher Güte.** — Morgen Freitag [15530]

Burgkeller L.-Plagwitz

Zschochersche Str. 77
hält seine Lokaltäten, bestens empf. Gesellschaftsz. frei. **P. Lehmann.**

Vorzugsmilch

Hygienisch einwandfrei [15501*]
vom Rittergut **Großhermsdorf**
Mehrfach prämiert Betrieb unter Ratskontrolle
Depot: **Franz Brettschuh** Dresden Str. 7
Fernsprecher 8096.

Oelfarben

jeder Art sowie **Fußboden-Lackfarben**
in besten Qualität, aber nicht harttrocknend, empf. billigst

Karl Stuck Nachf., Petersteinweg 7

gegenüber dem königlichen Amtsgericht. [2810*]

Eine gute Zigarre

kaufen Sie bei **Curt Kaestner, L.-Co., Pegauer Str. 24.**

Neue Voll-Heringe

Die von mir seit Jahren eingeföhrten delikaten Vollheringe sind wieder eingetroffen.
4 Stück 20. 10 " 48. 50 " 230. 100 " 450.
ff. Neues Sauerkraut à Pfund 6. 10 Pfund 55. ff. Rollmüppse 1/2 Dose ca. 48. 100. Geleehering. 1/2 " 8 Pf. 150. Russ. Sardinen 1/2 Pf. ca. 8 Pf. 125. Golsardinen 1/2 Dose ca. 44. 200. ff. Sardellen Pfund 120. ff. Kapern Pf. 120. 1/2 Pf. 30. Echte Quersarter Do. 40 Paar 450. Brühwürstchen " 70 " 700.
Prompter Versand n. auswärts.
Eugen Spott
Windmühlenstr. 24. Tel. 4498. vis-a-vis Kurprinzstraße.



Unübertroffen an Heizkraft und sparsamen Gebrauch!
Kein Rauch! Kein Geruch!
Wenig Russ! Wenig Asche!
Zu haben in den meisten Kohlenhandlungen

Kauft **Briketts** bei **Benno Grimm** Tauchaer Strasse 41.

Politische Uebersicht.

Der Frosch-Mäusekrieg geht weiter.

Die Kanonade, die unlängst vom Hansabunde gegen den Bund der Landwirte abgefeuert wurde, hat dort, wie es scheint, arge Verwüstungen angerichtet.

Der Hansabund veröffentlichte kürzlich in längeren Ausführungen, daß er mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die angeblich vom Bund der Landwirte oder von einzelnen Mitgliedern desselben begangenen oder versuchten Boykotte vorzugehen zu wollen, hat große Beunruhigung hervorgerufen.

Dieses Vorgehen des Hansabundes enthält eine bis dahin im politischen Leben völlig ungewöhnliche Drohung, die den Anschein erweckt, als ob durch den Bund der Landwirte gesetzliche Handlungen begangen worden seien.

Wir bitten nun unsere Mitglieder, und ihrerseits mitzutheilen, wenn der Hansabund sie in irgendeiner Weise seinen Androhungen entsprechend zu belangen sucht.

Die Erklärung des Bundesvorstands wirkt um so komischer, als sie just in der Deutschen Tageszeitung erscheint, dem einzigen bürgerlichen Blatt, das ehrlich genug war, der wirtschaftlichen Bekämpfung politischer Gegner stets offen das Wort zu reden.

Wenn Landwirte es vermeiden, einen Geschäftsmann zu unterstützen, der programmatisch und agitatorisch den Bund der Landwirte bekämpft, so ist das nur eine verständliche und selbstverständliche Maßregel der Abwehr oder der Notwehr.

Wenn nun die Landwirte ihre Landschaft solchen hansabundlerischen Firmen aussagen und entziehen und diejenigen nicht mehr wirtschaftlich fördern wollen, die sich zum politischen Gegner schlagen und damit an ihrem (der Landwirte) wirtschaftlichen Ruin mitwirken; wenn die Landwirte dann lieber zu Geschäftslenten gehen, die Verständnis für den Landwirt und seine Lebensinteressen haben, so kann man ihnen das wahrlich nicht verdenken.

Was es soeben erst als „verständliche und selbstverständliche Maßregel“ bezeichnete, deren Unterlassung eine Torheit und Schlappeit sein würde, muß jetzt das tüchtige Blatt auf Befehl des Bundesvorstands mit den dramatischen Gebärden gutgemeinter Entrüstung von sich weisen.

Deutsches Reich.

Der nationalliberale Wetterhahn.

Die Kölnische Zeitung, die noch bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage in Preußen in gotteslämmerlicher Weise schwankte und nicht wußte, ob sie sich nach links oder nach rechts drehen sollte, will es jetzt mal wieder mit einer Drehung nach links versuchen.

Die nationalliberalen Organisationen müssen in allen Wahlkreisen Deutschlands dafür sorgen, daß der Parteitag in Rassel volle Klarheit darüber bringt, daß die Nationalliberale Partei entschlossen ist, jede Reaktion aufs entschiedenste zu bekämpfen und irgendwelche reaktionäre Striche des schwarz-blauen Bloks scharf abzuweisen, und daß unablässig durch Aufklärung in der Presse und durch das persönliche Wort über das nationalliberale Programm die Nichtwähler herangezogen und die sozialdemokratischen Mitläufer wieder auf den Weg der nützlichen Arbeit zurückgebracht werden.

Glaubt das Blatt wirklich, daß diese armselige Drehweilenspolitik irgendwo noch Eindruck machen wird? Die Wendung von den Mitläufern bezeugt zu deutlich, daß es ihm nur darauf ankommt, diese Mitläufer durch radikale Redensarten ebenso wie bei den letzten Reichstagswahlen einzuseifen und sie nachher ebenso zu betrügen.

Kraft in Tränen.

Der Eindruck der Dreiviertel Million organisierter Sozialdemokraten im Deutschen Reich ist in der ganzen bürgerlichen Presse tief und beunruhigend. Um so amüsanter ist es, wie der orthodoxe Reichsbote sich zu trösten sucht:

Wenn trotz allen Kunst- und Bodmitteln die Zahl der „organisierten“ Sozialdemokraten die 1/4 Millionen noch nicht einmal voll erreicht haben und zwar trotz einer rastlosen Verdienarbeit von etwa vier Jahrzehnten, wenn man ferner in Betracht zieht, wieviel Terrorismus dabei mitgewirkt hat, um diese Ziffer überhaupt zu erreichen, so wird man bei allen Bedenken über die Fortschritte der Sozialdemokratie doch zur Einsicht gelangen, daß es mit der natürlichen verbenden Kraft der sozialdemokratischen Ideen keineswegs allzu weit her ist, daß vielmehr allerhand zufällige Nebenumstände der Umsturzpartei bei den Wahlen das Hauptgeschäft machen.

Dem Reichsboten sind Dreiviertel Millionen Sozialdemokraten also noch zu wenig. Dem Mann kann geholfen werden.

Und folgst du nicht willig . . .

Die kürzlich von der einflussreichen holländischen Zeitung Nieuwe Rotterdamse Courant in der Frage der Schiffsabgaben veröffentlichte scharfe Abgabe hat in preussischen Regierungskreisen offenbar arg verschimpft, so sehr man sich auch den Anschein gab, als ob man ihr vorläufig keine allzu große Bedeutung beimesse.

Wenn auch zurzeit das Projekt eines Kanalbaues von Wesel nach Emden beabsichtigt wird, so erwägt man in den Niederlanden doch die Möglichkeit eines solchen Baues, der wohl geeignet ist, Rotterdam und ganz Holland von dem riesigen Hinterland des Rheins mit seinem bedeutenden Handel einzufach abzuschneiden.

Als eine Drohung in aller Form. Das kleine Holland soll nützlichfalls von dem großen Preußen genutzten werden, entgegen seinen eigenen Interessen in die Einführung von Schiffsabgaben zu willigen. Schade nur, daß die Drohung von keinem Menschen ernst genommen wird.

Das liberale Vereinsgesetz in ostpreussischer Prezig.

Am Wahlfreie Frankfurt-Lebus, in dem am 15. September die Reichswahl für den verstorbenen Nationalliberalen Detto Katzjundin hat, geben sich die Behörden die erbitterteste Mühe, einen Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern.

Der Amtsvorsteher. Steverdorf, d. 8. 1910. Ihr Gehalt von heute wird Ihnen umgehend zur Ergänzung zurückgegeben. Ich ersuche Sie, die Personenzahl anzugeben, die an der Versammlung teilnehmen werden (!), um prüfen zu können, ob der bezeichnete Garten aus groß genug ist.

Der Amtsvorsteher. Steverdorf, d. 8. 1910. Daran schrieb der Genosse Felber, daß der Garten, der an dem Hause eines unserer Partei freundlich gesinnten Dorfbesohners liegt, für 200 Personen Raum gewährt und mehr Personen auch kann, zu der Versammlung erscheinen dürften.

Bezüglich Ihres Gesuches vom d. d. M., betreffend Genehmigung einer Wählerversammlung unter freiem Himmel vom 14. 8. 10 zu Briefen i. M. erhalten Sie auf Ihr Schreiben vom 11. 8. 10. hierdurch folgendes zum Bescheid:

Das in Frage kommende Grundstück habe ich persönlich in Augenschein genommen und gefunden, daß es wohl groß genug ist, um 200 Personen zu fassen, doch ist auf demselben weder für Wasser gefogrt, noch ein Abort vorhanden. Da ein Abort unbedingt nötig ist, wird Ihnen angeheimgestellt, einen solchen auf dem Platze zu errichten und zwar für Männer und Frauen getrennt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß auch Frauen an der Versammlung teilnehmen.

Die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung kann nicht eher erteilt werden, bevor nicht mitgeteilt ist, daß obige Bedingungen erfüllt sind.

Genosse Felber teilte darauf dem Herrn Amtsvorsteher mit, daß auf dem Grundstück zwei Aborte vorhanden sind; auch ein Brunnen ist auf dem Gehöft, um etwaige dürstige Seelen zu erquicken. Weiterens könne der Amtsvorsteher seine Bedingungen auf keine gesetzliche Vorchrift stützen. Die Antwort war folgender Bescheid:

Wie Sie bereits aus dem Ihnen übermittelten Telegramm ersehen haben werden, wird die Genehmigung zur Abhaltung der öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am 14. d. M. zu Briefen i. M. versagt.

Gründe: 1. Da die Versammlung an einem Sonntage stattfindet, ist die Befürchtung, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibungen und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben kann, keine so entfernte, daß sie nicht von der Polizeiverwaltung berücksichtigt werden dürfte.

Man sieht, an Gründen zur Vereitelung einer sozialdemokratischen Versammlung war der Amtsvorsteher nicht verlegen, aber genutzt hat ihm das Verbot doch nichts. Die Versamm-

lung fand zur festgesetzten Zeit in einem Wohnraum des Privat-hauses statt. Die zahlreich erschienenen Besucher beschloßen, laut § 8 des Vereinsgesetzes, die Versammlung in den anstößigen Garten zu verlegen und dort konnte die Genossin Zie-Berlin ihrem Temperament die Zügel schiefen lassen.

Ueber die republikanische Demonstration in Posen,

die unsere Genossen dort anlässlich der prunkvollen Kaiserlich-einweihung veranstalteten, wird uns geschrieben: Die Kundgebung verlief überaus wirkungsvoll. Lange vor Beginn wurde der Saal polizeilich abgesperrt; seit langen Jahren hat Posen keine derart gut besuchte Versammlung gesehen.

Die Versammlung, die von der Polizei durch ihre auserselbst Kräfte beschickt war, fand nach einstimmiger Annahme einer den höfischen Prunk verurteilenden und eine Volkserregung fordernden Resolution mit einem brausenenden Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ihr Ende.

Geld stinkt nicht.

Ein hübsches Seitenstück zu der Empfehlung des Simplicissimus durch den Verlag der Deutschen Tageszeitung bildet folgendes Inzerat, das in dem Breslauer agrar-konservativen Blatt, der Schles. Morg.-Ztg. dem offiziellen Organ der schlesischen Konservativen, am 8. d. M. zu lesen war:

Die Zeitschrift der „Jugend“ ist für jeden Gebildeten unentbehrlich! Das Organ des Herrn von Heydebrand hat wahrscheinlich gedacht, genau so wie sein großer agrarischer Bruder in Berlin: „Geschäft ist Geschäft, an den paar Inzeraten der „notleidenden“ Parteifreunde ist nichts zu verdienen, ergo machen wir das Geschäft mit dem politischen Gegner. Auch das Geld der Jugend stinkt nicht.

Berlin, 18. August. Zur Ausführung des Gesetzes über den Abzug von Kalisalzen hat der preussische Finanzminister eine besondere Verfügung erlassen. Die Behörden der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern haben dabei insoweit mitzuwirken, als es sich um die Erhebung der Abgaben vom Abzug und um die Kontrolle der Ausfuhr von Kalisalzen in das Ausland handelt.

Genossenschaftliche Reichswertwachststeuer will der deutsche Handels-tag eine Denkschrift erlassen. Zur Beratung der Einzelheiten des Entwurfes und der von der Reichstagskommission dazu gefassten Beschlüsse ist eine Sonderkommission eingesetzt worden.

Demokratisch-freisinnige Reichstagskandidatur. Der Allgemeine Volksverein in Marburg, der nicht der fortschrittlichen Volkspartei angehört, sprach sich für die Reichstagskandidatur v. Gerlach aus und beschloß mit dem zur Volkspartei gehörigen Liberalen Volksverein in Marburg in Verbindung zu treten, um diese Kandidatur zu unterstützen.

Man sieht, an Gründen zur Vereitelung einer sozialdemokratischen Versammlung war der Amtsvorsteher nicht verlegen, aber genutzt hat ihm das Verbot doch nichts. Die Versamm-

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer.

II. Sozialdemokratische Anträge und Interpellationen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Anzahl Anträge eingebracht, die auch zum größten Teil zur Beratung gekommen sind.

Wegfall der untersten Einkommensteuer-Klassen.

Ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag sollte die Steuerbefreiung der Leute mit kleinem Einkommen erreichen, ohne ihnen das Wahlrecht zu nehmen.

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, durch den die vier untersten Stufen der zur Staatseinkommensteuer veranlagten Personen in Wegfall kommen.

Woh vor diesem sozialdemokratischen Antrage war ein freisinniger eingegangen, der ohne nähere Angaben forderte, daß die untersten Steuerstufen in Wegfall kommen sollten.

Welche Anträge wurden bei den allgemeinen Verhandlungen über den Etat mit in Vorbereitung genommen, wo Genosse Fleißner den sozialdemokratischen Antrag kurz begründete und betonte, daß unsere Fraktion bereit sei, Vorschläge für eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen des Staates zu machen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde zusammen mit dem der Freisinnigen der Finanzdeputation A überwiesen, wo er erst kurz vor Schluß des Landtags beraten wurde.

In der Finanzdeputation A ist sowohl der freisinnige wie der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Linken abgelehnt worden, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß ein Zustand, wie ihn bezüglich des Landtagswahlrechts der Antrag zu schaffen gedenke, für sie durchaus unannehmbar sei.

Aus den Angaben der Regierung ergibt sich, daß die Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrags höchstens einen Steuerausfall von 1 474 010 Mk. zur Folge gehabt hätte.

Aufhebung der indirekten Landessteuern.

Sachsen deckt zwar den größten Teil seiner Ausgaben durch Ueberschüsse aus den Staatsbetrieben und direkten Steuern, es hat aber auch noch einen wesentlichen Teil indirekter Steuern.

Table with 2 columns: Steuerart and Betrag. Includes Schlachtsteuer (5 481 808 Mk.), Uebergangsabgabe vom Fleischverkauf (500 852 Mk.), Landesgelegliche Stempelsteuer (5 000 000 Mk.), and Gebühren (230 139 Mk.).

Außerdem sind in dem Kapitel 21 des Etats, das die indirekten Steuern umfaßt, noch Metzsteuern und Pachtgelder (78 286 Mk.), Verschleiße Einnahmen (70 000 Mk.), Anteil an der Reichserschafsteuer (1 047 000 Mk.) und an Vergütungen für Erhebung und Verwaltung der Reichsausgaben 4 713 061 Mk. angeführt.

Den Gesamteinnahmen in Höhe von 17 727 484 Mk. stehen nach dem Etat für 1910/11, dem auch die obigen Ausgaben entnommen sind, nicht weniger als 8 409 742 Mk. Ausgaben gegenüber, so daß nur ein Ueberschuß von 11 227 742 Mk. verbleibt.

Die Kammer wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Session des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die indirekten Landessteuern aufgehoben werden und Ersatz dafür durch entsprechende Reform und weiteren Ausbau der direkten Steuern beschafft wird.

In später Abendstunde, nachdem das Haus bereits sechs Stunden getagt hatte, kam der Antrag am 28. April zur Beratung. Genosse Fleißner, der die Begründung übernommen hatte, wies besonders darauf hin, daß die indirekten Steuern besonders den Konsum der armen Leute verteuern, das gelte ganz besonders von der Schlachtsteuer.

Auf Antrag der Nationalliberalen war beschlossen worden, den sozialdemokratischen Antrag in sofortige Schlussberatung zu nehmen, das heißt ihn ohne Deputationsberatung sofort zu erledigen.

Arbeitslosenfürsorge.

Durch die ausgebreitete Wirtschaftskrise in den letzten Jahren war das Elend der Arbeitslosigkeit wiederholt so traurig und erschütternd zutage getreten, daß sich verschiedene kommunale Körperschaften genötigt sahen, Maßnahmen dagegen einzuleiten.

Die Kammer wolle beschließen: 1. Die Regierung zu ersuchen, zur Vinderung der durch Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage folgende Maßnahmen einzuleiten:

- 1. Die Gemeinden des Landes zu veranlassen: a) unter teilweiser Benutzung der Sparkassenüberschüsse, Lustbarkeitsabgaben usw. einen Arbeitslosenfondd einzurichten, b) aus diesem Fonds beschäftigungslosen Arbeitern, die einer Arbeitslosenkasse angehören, einen Zuschuß zu dem Unterhaltungsbeiträge ihrer Klasse zu gewähren, c) allen anderen Arbeitern zu ermöglichen, durch Beiträge zu diesem Fonds Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erlangen, und hierzu ebenfalls einen Zuschuß in obiger Höhe aus Fondsmitteln zu gewähren; 2. den Gemeinden aufzugeben, geeignete Arbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser im Winter zu tarifmäßigen beziehentlich im Verufe ordnungsmäßigen Löhnen bereitzustellen; 3. dem Landtage eine Gesetzentwurf vorzulegen, wonach den Gemeinden mindestens 50 Prozent der Summe zurückerstattet werden, die sie zu Zwecken der Arbeitslosenfürsorge auswendig haben, und hierzu in den Etat für 1910/11 200 000 Mk. einzustellen; 4. zur Vinderung der Arbeitslosennot im kommenden Winter Staatsarbeiten und Vergebung von Staatsaufträgen in der Vorbereitung so zu beschleunigen, daß eine größere Anzahl Arbeiter zu tarifmäßigen beziehentlich im Verufe ordnungsmäßigen Beschäftigung findet und Arbeiterentlassungen vermieden werden; 5. den im September 1910 in Paris stattfindenden internationalen Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken; 6. nach diesem Landtage eine Denkschrift über die Frage der Arbeitslosenfürsorge zu unterbreiten.

Da der Antrag zweifellos einen dringenden Bedürfnis entsprach, kamt noch im letzten Winter das Elend der Arbeitslosigkeit förmlich nach Abhilfe schrie, und auch bürgerliche Kreise schon erkannt hatten, daß man diesem schlimmsten aller sozialen Uebel nicht mehr gleichgültig gegenüberstehen dürfe.

Nachdem Genosse Niem den Antrag unter Schilderung der Notlage beschäftigungsloser Arbeiter eingehend begründet und auch die im sozialdemokratischen Antrage hervorgehobenen Wege zur Abhilfe vorgeschlagen hatte, operiert der Minister des Inneren, Bismuth v. Eckardt, mit einigen abgebrachten Lebensarten gegen den Antrag.

Schließlich wurde der Antrag der Reichsfinanzdeputation überwiesen, die zugleich als soziale Deputation fungierte. Hier hatte Genosse Frickhoff den Vorschlag, von unterer Seite würde alles versucht, die Arbeitslosenfrage zu fördern und zu einem Ergebnis, das heißt zu einem der Sache günstigen Beschlusse der Deputation zu gelangen.

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Session des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die indirekten Landessteuern aufgehoben werden und Ersatz dafür durch entsprechende Reform und weiteren Ausbau der direkten Steuern beschafft wird.

Die Kammer wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Session des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die indirekten Landessteuern aufgehoben werden und Ersatz dafür durch entsprechende Reform und weiteren Ausbau der direkten Steuern beschafft wird.

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Session des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die indirekten Landessteuern aufgehoben werden und Ersatz dafür durch entsprechende Reform und weiteren Ausbau der direkten Steuern beschafft wird.

auf Grund dieser Erhebungen und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in verschiedenen Städten und Ländern mit den dort getroffenen Einrichtungen zur Arbeitslosenfürsorge und -versicherung gemacht worden sind, eine Denkschrift auszuarbeiten zu lassen und diese dem nächsten Landtage vorzulegen;

- 4. dieser Denkschrift einen Entwurf zu einer Satzung über Errichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung beizufügen; 5. den voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Paris stattfindenden internationalen Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sofern eine Einladung dazu an die Regierung erfolgt, durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken; 6. im Bundesrat auf baldige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen; es stimmten für ihn also auch die sozialdemokratischen Mitglieder. Dagegen wurde ein Antrag des Mitberichterstatters, des Genossen Winter, von den konservativen und nationalliberalen Mitgliedern der Deputation abgelehnt, der die Einstellung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Etat forderte.

Die Kammer wolle beschließen: 1. die Staatsregierung zu ersuchen, in den nächsten Staatshaushaltsplan Mittel dafür einzustellen, daß den Gemeinden Beihilfen gewährt werden können zu den von ihnen bestrittenen Aufwendungen zur Arbeitslosenfürsorge, insbesondere für Einrichtungen zur Verringerung oder Vinderung der Arbeitslosigkeit.

Zuletzt unternahm die Nationalliberalen, die erst alle Staatsunterstützung abgelehnt hatten, noch eine Schwenkung. Sie brachten noch einen Antrag ein, wodurch die Regierung ersucht wurde, in Erwägung darüber einzutreten, ob, in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen im Staatshaushaltsplan Mittel zur Förderung oder Unterstützung gemeindlicher Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden können.

Bei der Schlussberatung im Plenum am 28. April verteidigte Genosse Winter das Minderheitsgutachten und befechtete gleichzeitig die Unzulänglichkeit des Mehrheitsantrages, wenn er nicht durch die Forderung der Minderheit ergänzt werde. — Im Namen der Regierung erklärte der Minister v. Bismuth, sie sei bereit, im Sinne des Deputationsantrages an der Lösung der Frage mitzuarbeiten; man solle aber nicht verlangen, daß sie eine solche Lösung auf dem Präsentierteller vorlege.

Aus diesem Verlaufe der Verhandlungen ergibt sich, daß etwas Positives für die Arbeitslosen noch nicht erreicht wurde. Doch sind der Mehrheit und der Regierung immerhin einige Zusatze abgetrotzt worden, die freilich nicht viel mehr als theoretischen Wert haben.

Elfter Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter.

11. Hamburg, 10. August. 2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbericht ist sehr ausgedehnt und lebhaft. Das Abkommen der Hauptvorstände nimmt dabei einen sehr breiten Raum ein. Von einzelnen Rednern wird es verteidigt und erklärt, es habe den Kollegen großen Nutzen gebracht.

Im übrigen haben wir aus der Debatte hervor: Sch u h m a c h e r -Stuttgart wünscht, daß der Geschäftsbericht künftig früher erscheint. Mit dem Gauschbeschlusse würde die Erledigung der Differenzen in die Länge gezogen.

Die Erregung der Wiesbadener Kollegen über den Schiedspruch der Hauptvorstände sei bedauerlich gewesen, da alle ihre Forderungen abgelehnt worden sind. Die Leiter der Bewegung hätten ja für die Annahme des Schiedspruchs plädiert, die Kollegen seien aber nicht mehr zu halten gewesen, so daß der Streik unvermeidlich war.

